

## Frauennetzwerk für Frieden e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Bundesminister Dirk Niebel MdB  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Stresemannstr. 94  
10963 Berlin

### Deutsch-Israelische Zusammenarbeit

Bonn, 01.02.2010

Sehr geehrter Herr Minister Niebel,

Ihren Presseinformationen vom 18.01.2010 über die deutsch-israelischen Regierungskonsultationen konnten wir entnehmen, dass zu den konkreten Kooperationsabsichten zwischen der deutschen und der israelischen Regierung u.a. auch die Zusammenarbeit im Bereich Aus- und Weiterbildung gehört.

Mit großer Aufmerksamkeit nahmen wir die Meldung des israelischen Journalisten Uri Avnery vom 23.1.2010 auf, dass sich die israelische Regierung erlaubt, den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau, der von vielen Staaten verurteilt wird, durch eine eigens gegründete Universität unter militärischer Aufsicht in der illegalen Siedlung Ariel weiter zu verfestigen.

Werden Sie eine Kooperation mit dieser Universität befürworten oder den wissenschaftlichen Boykottaufruf für diese Universität - wie die spanische Regierung - unterstützen? Diese neue Universität auf dem besetzten palästinensischen Gebiet, ein Präzedenzfall, wird dem Friedensprozess und dem Ansehen der israelischen Akademiker und Akademikerinnen mit Sicherheit schaden. Wir bitten Sie eindringlich, von einer Kooperation mit dieser Universität in der Siedlung Ariel abzusehen.

Ein großes Anliegen des Frauennetzwerks für Frieden ist die sofortige Beendigung der Verweigerung der israelischen Regierung von Arbeitsvisen für Gaza und die West Bank für NGO-Mitglieder und Organisationen, was unter anderem von Haaretz gemeldet wurde. Es handelt sich dabei um Menschenrechts- und Friedensorganisationen sowie um Organisationen für humanitäre Hilfe (wie z.B. Ärzte ohne Grenzen), deren Arbeit in der Region unverzichtbar ist. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die betroffenen Organisationen ungehindert und ohne Reisebeschränkungen ihrer dringend notwendigen Arbeit in den besetzten Gebieten nachgehen können?

Wie reagieren Sie darauf, dass 80 Entwicklungs- und UN-Organisationen zur Beendigung der Blockade von Gaza aufrufen, weil diese die Gesundheit von 1,4 Millionen Menschen auf das Äußerste gefährdet?

Nicht zuletzt interessiert uns, welche Haltung Sie bzw. die deutsche Regierung gegenüber dem Goldstone-Bericht und dessen Konsequenzen für Israel und die palästinensische Hamas einnehmen.

Sehr geehrter Herr Minister, wir bitten Sie um eine Antwort. Sollte unsere Anfrage nicht in Ihren Aufgabenbereich fallen, so bitten wir um entsprechende Weiterleitung an die zuständigen Ministerien bzw. an die Bundeskanzlerin.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Vorstand des Frauennetzwerk für Frieden e.V.

Heide Schütz  
Vorsitzende